

UND HEUTE

...fährt eine Grüne an die Ostsee

Konsequenter Schutz der Lebensgrundlagen ist für Monika Heinold ein wichtiges Wahlkampfthema. Die Spitzenkandidatin der Grünen wird heute an die Ostsee nahe Kiel kommen, um dort das Projekt „Fisch vom Kutter“ zu besichtigen. Dieses wurde ins Leben gerufen, um Fisch auch in Zeiten von Schleppnetz und Überfischung noch regional und trotzdem kostengünstig zu verkaufen. Die schleswig-holsteinische Finanzministerin wird mit dem Leiter der Initiative, Uwe Sturm, über bestandsschonende Fischerei sprechen und örtliche Fischer besuchen.

NACHRICHTEN

Bei den sogenannten Reichsbürgern in Niedersachsen gibt es nach Angaben des Innenministeriums nur vereinzelt Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen. „Sie können somit nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden“, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD). Unter den niedersächsischen Landesbediensteten seien bisher keine Reichsbürger entdeckt worden. +++ Bei der am Dienstag beschlossenen historischen Aufarbeitung der Folgen des sogenannten Radikalerlasses in Niedersachsen will die neue Landesbeauftragte Jutta Rübke Betroffene einbeziehen, die selbst Berufsverbote erhalten hatten. +++ Nach dem Schuss auf den Leiter des Vete-

rinärantes im Kreis Cuxhaven hat das Amtsgericht Haftbefehl gegen den 55-jährigen Landwirt erlassen. Die Ermittler werfen ihm versuchten Totschlag vor, wie die Staatsanwaltschaft Stade mitteilte. Der Landwirt hatte vor den Augen der Polizei mit einer Pistole auf den 65-jährigen Tierarzt geschossen und ihn schwer verletzt. Dieser wollte dort Tiere abholen, die nicht ordnungsgemäß gehalten wurden. +++ Das Abitur nach neun Jahren will die schleswig-holsteinische CDU im Fall eines Wahlsiegs wieder verbindlich an Gymnasien einführen. Die Argumente, mit denen sich auch die Union vor Jahren für das G8-Abitur einsetzte, seien nicht mehr aktuell, sagte der CDU-Landesvorsitzende Daniel Günther. +++

TARIFVERHANDLUNGEN  
Müllarbeiter streiken in Niedersachsen

Wegen der bislang ergebnislosen Tarifverhandlungen für die Länderbeschäftigten haben am Donnerstag rund 400 Mitarbeiter von Straßenmeistereien in Hannover gestreikt. Die Gewerkschaft Ver.di hatte zu dem Warnstreik aufgerufen. Die zweite Runde der Tarifgespräche für den öffentlichen Dienst der Länder war am Dienstag zunächst weitgehend ergebnislos verlaufen. Die Gewerkschaften wollen sechs Prozent mehr, die Länder halten die Forderung für viel zu hoch. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 16. Februar geplant. (dpa)

ERMITTLER IN NIEDERSACHSEN  
FDP kritisiert Funkzellenabfragen

Die Polizei hat in Niedersachsen im vergangenen Jahr fast 20.000 nicht individualisierte Funkzellenabfragen bei Handynetzbetreibern veranlasst, berichtet die Neue Osnabrücker Zeitung. Das gehe aus einer Antwort auf eine parlamentarische FDP-Anfrage hervor. „Das Instrument der Funkzellenabfrage, bei dem die Daten Hunderttausender Mobilfunknutzer erhoben werden, sollte in engeren

Grenzen als bisher genutzt werden“, forderte Jan-Christoph Oetjen (FDP). Er sprach von einem möglicherweise laxen Umgang der Polizei mit den Abfragen und forderte eine parlamentarische Überwachung. Die Abfragen sind bei Datenschutzern umstritten, da die Ermittler dadurch erfahren, welche Handys zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einer Funkzelle verbunden waren, ohne dass deren Nutzer verdächtig sind. Eine Abfrage bedarf der Zustimmung eines Richters. (dpa)



Mastenfoto: dpa

PORTRAIT

Erforscher der Männlichkeit



Der psychoanalytische Blick: Rolf Pohl verabschiedet sich Foto: privat

Rolf Pohl muss gehen und mit ihm gleich die ganze kritische Sozialwissenschaft. Denn wenn der 65-Jährige ab heute seinen Dienst quittiert, endet damit auch eine 50-jährige und in dieser Ausrichtung bundesweit einzigartige Tradition der psychoanalytisch fundierten Sozialpsychologie an der Universität Hannover. Und das gegen des Willen vieler Studierender, die gegen die Abwicklung dieser Disziplin und für den Sozialpsychologen protestierten.

Eigentlich entschied die Uni bereits 2008 über die Streichung. Doch nach Protesten und einer Klage lenkte sie ein und gewährte Pohl eine Gnadenfrist. Der Sozialpsychologe mit dem Schwerpunkt Männlichkeitsforschung, der sich viel mit Sexismus und Diskriminierung von Frauen beschäftigt hat und von dem Bücher wie „Feindbild Frau: Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen“ stammen, sollte die Studierenden, die sich noch im Magisterstudiengang Soziologie oder im Diplomstudiengang Sozialpsychologie befanden, abwickeln können. Doch warum ist der psychoanalytische Blick auf Männlichkeit so wichtig? Die Antwort liefert Pohl sofort: „Weil es um das hartnäckige Festsitzen und seine kulturelle Verankerung geht. Dabei kommt man nicht ohne eine Theorie des Unbewussten aus.“

Mehr Zeit bleibt Pohl nicht, noch schnell was essen und dann geht es wieder in die nächste Vorlesung. Dabei ist Pohl, der sich als Professor 33 Jahre lang auf wechselnden Zeitstellen durchangelte, eigentlich schon seit Mittwoch im Ruhestand.

Doch der Sexismus in Zeiten Donald Trumps lässt dem Männlichkeitsforscher keine Ruhe. Am kommenden Samstag findet zu seinem Abschied an der Uni Hannover erst mal ein Symposium statt. LKA

„Der Faschismus starb nicht aus“

ANTIFA Als kommunistisch vamschrien, zeitweise verboten, derzeit kämpfend gegen die AfD: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wird heute 70 Jahre alt. Und ist laut Chefin Cornelia Kerth offen für alle

INTERVIEW PETRA SCHELLEN

taz: Frau Kerth, ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) humanitär oder eher politisch orientiert? Cornelia Kerth: Durchaus politisch. Die erste Hamburger Organisation hieß bis 1947 „Komitee ehemaliger politischer Gefangener“. Die Politischen waren der aktive und bewusste Teil der Verfolgten. Sie setzten sich gleich nach der Befreiung zum Ziel, die Verbrechen zu dokumentieren, für die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer zu sorgen. Half die VVN Überlebenden auch ganz konkret? Ja, sie war zuständig für die Ausstellung der „Verfolgtenausweise“, aufgrund derer Menschen bei Wohnungszuweisung und Essensrationen bevorzugt wurden. Das war die soziale Komponente. Sie richtete sich an alle Verfolgten. 1950 traten viele Nicht-Kommunisten aus und gründeten den Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes (BVN).

Das lag am Kalten Krieg. Bei ihrer Gründung 1947 war die VVN eine parteiübergreifende Organisation. Da waren Mitglieder von KPD, SPD, auch von CDU und FDP sowie Kirchenleute. Zwischen 1947 und 1949 und nachdem erst die Bundesrepublik und dann die DDR gegründet worden war, begannen große Debatten über die Zukunft. Inwiefern? Ursprünglich wünschten sich alle ein entmilitarisiertes einig Deutschland. Mit Gründung der Bundesrepublik schwenkten CDU und SPD auf die Gründung eines separaten westdeutschen Staates mit Alleinvertretungsanspruch ein. Die SPD spaltete sich in einen ostdeutschen Flügel um Otto Grotewohl, der später die SED mitgründete. Die West-SPD unter Kurt Schumacher war antikommunistisch und fasste 1949 einen Unvereinbarkeitsbeschluss: Wer in der VVN blieb, wurde aus der SPD ausgeschlossen. Bald taten CDU und FDP es ihr nach.

In der Tat waren Ende der 1940er-Jahre viele Schlüsselpositionen der VVN mit Kommunisten besetzt. Man hat immer großen Wert darauf gelegt, die Gremien paritätisch zu besetzen. Aber in dem Maß, in dem sich die anderen zurückzogen, hat sich das natürlich verschoben. Heißt das, anfangs waren genauso viele CDUler wie Kommunisten in der VVN?



Gebrandmarkt: lila Winkel für im KZ internierte Zeugen Jehovas, die aus Glaubensgründen den Kriegsdienst verweigerten Foto: Caroline Seidel/dpa

Natürlich nicht. Wie viele CDU-Leute waren im Widerstand, wie viele Kommunisten? Wie viele FDPler, wie viele Sozialdemokraten? In den ersten KZ von 1933 waren doch fast nur Kommunisten und Sozialdemokraten inhaftiert. Und warum war die VVN von 1951 bis 1967 in Hamburg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland verboten? Das geschah während der Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung Anfang der 1950er-Jahre. Eine Initiative organisierte eine Volksbefragung, die verboten wurde. Die VVN hat sie weitergeführt und wurde daraufhin in Hamburg polizeilich verboten.

Seit 1971 trägt die VVN auch die Antifaschisten im Namen. Seit 1979 heißt sie „VVN – Bund der Antifaschisten“. Was brachte diese Erweiterung? Erstens passte sie programmatisch, denn die VVN war ja eine antifaschistische Organisation: Die Verfolgten des NS-Regimes sind in gewisser Weise „geborene“ Antifaschisten, die Zeugnis ablegen können vom Nazi-Terror. Und als 1968/69 die NPD in mehrere Landesparlamente einzog, begannen sich Schüler- und Studentenbewegungen für den historischen Faschismus und die VVN zu interessieren. Die VVN-Leute wiederum erkannten, dass der Faschismus mit den Nazi-Tätern nicht aus-

starb und dass man künftige Generationen einbeziehen musste. Warum brauchte man dafür die Umbenennung? Damit jüngere, nicht Verfolgte überhaupt eintreten konnten. Vor 1971 konnten nur Verfolgte Mitglied der VVN werden. Sie sagten, jeder Verfolgte sei qua Schicksal Antifaschist. Haben Widerstandskämpfer und passive Opfer wirklich etwas gemeinsam? Ja. Im KZ waren alle Häftlinge. Sicher gibt es auch Unterschiede. Wenn ich Widerstand leiste, weiß ich, worauf ich mich einlasse. Wenn ich – wie die jüdischen Hamburger oder die Sinti und Roma – Opfer werde, ist die Verfolgung gewissermaßen über mich gekommen. Folglich ist der Umgang damit verschieden. Für jemanden, der im Widerstand war, ist es selbstverständlich, hinterher Gerechtigkeit einzufordern und das zu seinem Lebensinhalt zu machen. Bei anderen Opfern ist die Bandbreite der Reaktionen größer. Trotzdem ergibt sich ein ideologisches Problem. Die VVN ist kommunistisch/arbeiterbewegt ... Eben nicht. Sie war es nach 1945, aber nicht aus bewusster Entscheidung, sondern situationsbedingt. Und die VVN hatte immer den Anspruch, für jeden anderen offen zu sein. Solidarisiert sich der VVNler wirklich mit dem konservati-

ven jüdischen Bankier, den die Nazis töteten? Zwischen den Ermordeten gibt es keinen Unterschied. Nach 1945 gab es den jüdischen Bankier in Deutschland nicht mehr. Im übrigen gab es auch viele jüdische Arbeiter. In der VVN haben ich etliche jüdische Kommunisten kennengelernt. Aber wie stark solidarisiert sich die VVN mit reaktionär gesonnenen Opfern? Ich würde behaupten, Überlebende des faschistischen Terrors haben es schwer, reaktionär zu sein. Wie steht die VVN zu den adligen Hitler-Attentätern um Graf von Stauffenberg? Erstens: Widerstand ist Widerstand. Zweitens: Sie waren die ersten, deren Widerstand offiziell regelmäßig gewürdigt wurde und wird. Wie steht die atheistische VVN zum christlichen Widerstand Dietrich Bonhoeffers oder der vier Lübecker „Märtyrer“? Solidarisch. An der Außenmauer des Hamburger Untersuchungsgefängnisses hängt eine Tafel für die vier Lübecker Geistlichen, die Anfang der 1990er-Jahre unter anderem auf Initiative der VVN angebracht wurde. Im übrigen waren und sind auch Christen Mitglieder der VVN. Heute wird die VVN 70 Jahre alt. Fast alle Zeitzeugen sind tot. Sollte man die VVN nicht auflösen und in „Bund der An-

tifaschisten“ umbenennen? Nein. Die VVN ist unsere Herkunft als Organisation insofern, als die meisten durch die Zeitzeugengespräche geprägt sind, die es bis Anfang der 2000er-Jahre gab. Sie haben uns auch mitgegeben, dass Antifaschismus keine Angelegenheit von Kommunisten oder Sozialisten, dass er nicht Klassenkampf ist. Sondern dass er in die Mitte der Gesellschaft gehört. Und dass wir offen sein müssen für alle, die etwas gegen die neuen Faschisten tun wollen. Unsere Aktivitäten reichen von der Beteiligung an der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ gegen den Aufstieg der AfD bis zur Hamburger Filmreihe „Täter – Opfer – Widerstand.“ Manche behaupten, die VVN sei eine kommunistische Tarnorganisation. Der Verfassungsschutz sagt, wir seien eine linksradikal beeinflusste Organisation. Ich finde diesen Vorwurf boshaft und absurd.

Cornelia Kerth

62, Vorsitzende der VVN-BdA, war von 1979 bis 1999 SPD-Mitglied und trat 2005 der Partei WASC, später die Linke, bei.



Foto: privat